

Wie gut funktioniert die Sozialpartnerschaft?

Gewerkschaftsboss Pierre-Yves Maillard findet die Reserven der Pensionskassen überhöht – für Arbeitgeberpräsident Severin Moser ist hingegen der Umwandlungssatz zu hoch. In einigen Punkten sind sich die beiden Protagonisten unserer Debatte mit Marius Leutenegger zur Zukunft des paritätisch organisierten BVG aber durchaus einig.

2025 wird das BVG 40 Jahre alt. Was gibt es zu feiern?

Severin Moser: Dass es den Rentnerinnen und Rentnern in der Schweiz besser geht denn je. Keine Generation von Pensionierten erhielt je so viel Rente und Kapital wie die heutige. Unser Drei-Säulen-System der Altersvorsorge ist etwas, um das uns andere Länder beneiden. Und: Die Konstruktion der Finanzierung der zweiten Säule durch die Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden funktioniert. Die zweite Säule kommt ohne einen einzigen Steuerfranken aus. Das ist erfreulich.

Pierre-Yves Maillard: Dass die Arbeitnehmenden eine Rente aus der zweiten Säule erhalten, schätzen sie natürlich sehr. Aber ich sehe nicht viel Anlass zum Feiern und teile den Optimismus von Herrn Moser nicht. Heute erhalten Pensionierte bei gleichem Kapital ungefähr 20 Prozent weniger Rente als vor 20 Jahren. Stellte der Pensionskassen ausweis vor 20 Jahren den Leuten noch in Aussicht, sie würden bei der Pensionierung 2800 Franken erhalten, bekommen sie jetzt tatsächlich kaum mehr als 2200 Franken. Das ist bedenklich, vor allem auch angesichts der Tatsache, dass die Lebenskosten stark gestiegen sind. Und dass die Erwartungen nicht erfüllt werden, untergräbt das Vertrauen in die zweite Säule.

Moser: Man darf den Leuten nicht suggerieren, dass ihnen etwas weggenommen wurde, denn das angesparte Alterskapital gehört ihnen. Sondern man muss klar sagen: Wir leben heute nach der Pensionierung im Durchschnitt fast zehn Jahre länger als damals, als das BVG eingeführt wurde. Das heisst, wir beziehen zehn Jahre länger eine Rente als früher. Das angesparte Geld muss also für längere Zeit reichen. Das reduziert natürlich die jährlichen Leistungen. Aber es ist ein grosser Wert, zu wissen, dass man eine sichere Rente bis zum Lebensende hat, selbst wenn sich die Lebenserwartung stetig erhöht.

Maillard: Ich möchte kurz auf wichtige Zahlen eingehen: 2023 zahlten die Arbeitgebenden rund 33 Milliarden Franken Lohnbeiträge in die zweite Säule ein, die Arbeitnehmenden etwa 23 Milliarden Franken. Am Kapitalmarkt erzielten die Pensionskassen eine Rendite von 54 Milliarden Franken. Insgesamt gab es also Einnahmen von mehr als 110 Milliarden Franken. Dem standen ausgezahlte Leistungen von unter 50 Milliarden Franken gegenüber. Man hat uns immer gesagt, es sei normal, dass die Einnahmen viel höher sind als die Leistungen, weil die Geschichte des Obligatoriums noch nicht so lang ist wie eine komplette Berufskarriere, viele Leute müssen Kapital aufbauen. Aber gerade mit dem 40-Jahr-Jubiläum des BVG sollte dieses Argument allmählich überholt sein. Die Pensionskassen zahlen zu geringe Leistungen.

Moser: In einem nicht umlagefinanzierten System können Sie doch nicht die eingezahlten Beiträge den ausgeschütteten Leistungen gegenüberstellen. Jene, die zwischen 20 und 65 Jahre alt sind, zahlen nur auf ihr eigenes Konto ein; und jene, die über 65 Jahre alt sind, beziehen Geld von ihrem eigenen Sparkonto – das ist das System der Pensionskassen. Es ist nicht wie bei der AHV mit ihrem Umlageverfahren, bei dem Geld eingezahlt und gleich wieder ausgeschüttet wird. In einer Situation, in der doch nicht alle Jahrgänge voll ausfinanziert sind, wird eben mehr angespart als bezogen. Hätten wir am Schluss nur noch Rentnerinnen und Rentner, gäbe es keine Einzahlungen mehr, sondern nur noch Auszahlungen.

Maillard: Diese Antwort höre ich immer. Aber die Schere zwischen Ein- und Auszahlungen vergrössert sich – und mir konnte noch niemand sagen, wie gross die Schere effektiv sein soll, damit das System im Gleichgewicht bleibt. Dieses verfügt über Reserven von fast

250 Milliarden Franken – es stellt sich die Frage, ob man dieses Geld nicht für bessere Leistungen verwenden könnte.

Per Gesetz werden Vorsorgeeinrichtungen von der gleichen Zahl von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden verwaltet. Sind sie ein Beispiel für eine glückliche Zusammenarbeit der Sozialpartner?

Moser: Ich war viele Jahre lang Stiftungsratspräsident der Personalstiftung in der Firma, in der ich arbeitete. Wir diskutierten zuweilen intensiv mit den Arbeitnehmendenvertretungen, in welche Richtung sich unsere Pensionskasse entwickeln soll – nicht nur in Bezug auf die Renten, sondern auch hinsichtlich der Bedürfnisse der Mitarbeitenden. Für uns war die Pensionskasse ein personalpolitisches Instrument, mit dem wir unsere Attraktivität als Arbeitgeberin erhöhen konnten. Ich fand die Gespräche mit den Arbeitnehmendenvertretungen immer sehr konstruktiv und produktiv. Konflikte, wie wir sie manchmal auf politischer Ebene ausgetragen, erlebte ich nahezu nie – wir setzten uns zusammen und schauten, was möglich ist und was nicht.

Maillard: Die Sozialpartnerschaft in den paritätischen Gremien funktioniert gut. Das bestätigen mir unsere Leute immer wieder. Die Parität scheint mir aber nicht mehr so wirksam zu sein, wie sie es einst war. Die Sicherheitsansprüche in der zweiten Säule sind enorm gestiegen und die Stiftungsräte der Vorsorgeeinrichtungen haften für Schäden, wenn

sie nicht alle Vorschriften der Experten befolgen. Das ganze System wird heute von der Angst eines Kollapses der Kapitalmärkte geprägt. Ich sass selber im Verwaltungsrat von Retraites Populaires, einer öffentlich-rechtlichen Vorsorgeanstalt in der Waadt. Gemäss den Experten ist der Deckungsgrad kaum einmal hoch genug und der technische Zinssatz fast nie tief genug. Weil man immer weniger Vertrauen in den sogenannten dritten Beitragszahler, den Kapitalmarkt, hat, senkt man den technischen Zinssatz und die Renten werden gekürzt, auch wenn die reale Rendite viel höher ist als erwartet. In den Stiftungsräten wagt man kaum mehr, über die Renten zu sprechen.

Im Mittel weisen die Vorsorgeeinrichtungen derzeit einen Deckungsgrad von 114,7 Prozent auf. Das heisst, ihr Vermögen liegt um 14,7 Prozentpunkte über den künftigen Verpflichtungen. Dreht der Wind an den Börsen, kann sich das aber sehr rasch ändern, wie ein Stresstest der Oberaufsicht gezeigt hat. Doch alle sind an stabilen Kassen interessiert. Wie gross sollen die Reserven denn sein?

Maillard: Ein System mit Kapitaldeckung birgt Risiken, und man kann das nicht vor sämtlichen Risiken des Kapitalmarkts schützen. Will man die volle Sicherheit, muss man sich fragen, ob ein Kapitaldeckungssystem überhaupt sinnvoll ist; in einem Umverteilungssystem gäbe es das Risiko, dass die Börsen die Renten schwächen, nicht. Wenn wir

wirklich wollen, dass jede Kasse für sich die vollen Risiken des Kapitalmarkts decken muss, braucht es unheimlich viel Kapital. Es wäre vielleicht vernünftiger, über eine kollektive Absicherung nachzudenken, dass zum Beispiel der Staat oder eine kollektive und solidarische Versicherung das höchste Risiko deckt.

Moser: Ein Deckungsgrad von 114,7 Prozent ist nicht schlecht. Die Pensionskassen haben ihr Geld ja nicht zu 100 Prozent in Aktien investiert; schwächeln die Finanzmärkte, sinkt der Deckungsgrad nicht in gleichem Mass. Zu einem kleineren Teil sind die Pensionskassen auch in Immobilien investiert, und in diesem Bereich haben wir seit Jahrzehnten keine massiven Einbrüche mehr erlebt. Der grösste Teil des Kapitals steckt in Obligationen. Will eine Pensionskasse die Kapitalrisiken selber decken, kann sie sich gegen eine Prämie absichern, zum Beispiel bei einer Versicherung. Für die Absicherung braucht es den Staat also nicht. Es kann ja auch nicht sein, dass der Steuerzahler für Fehlentscheidungen eines Stiftungsrats aufkommen muss.

Maillard: Man hat aber in den Fällen der CS und der UBS gesehen, dass der Staat manchmal in einem völlig privaten Bereich intervenieren muss. Ich sage nicht, dass die Kassen keine Risiken abschirmen sollten. Es ist aber einfach zu teuer, wenn sie sich gegen grosse übergeordnete Katastrophen absichern müssen; zum Beispiel gegen das Risiko, dass der Aktienmarkt um 40 Prozent fällt

Zur Person

Severin Moser (62) ist Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands. Er studierte Betriebswirtschaft an der Universität St. Gallen und war später für die Versicherungskonzerne Winterthur (heute Axa Schweiz) und Allianz tätig. Aktuell ist er Verwaltungsrat der Swiss Life. In seiner Freizeit treibt er gerne Sport und engagiert sich für die Schweizer Leichtathletik.

oder der Immobilienmarkt massiv einbricht. Übernahme der Staat für solche Fülle Garantien, schüfe das Vertrauen; die Pensionskassen müssten nicht derart hohe Reserven bilden und sie könnten mehr Leistungen ausschütten. Man sollte offen darüber nachdenken. Ich verstehe nicht, warum sich die Arbeitgebenden keiner kritischen Diskussion über ein System stellen wollen, in das sie jedes Jahr über 30 Milliarden Franken Lohnbeiträge einzahlen. In den Sammelstiftungen ziehen sie sich aus der Risikotragung. Leidtragende sind die Arbeitnehmenden.

Moser: Eine Pensionskasse ist letztlich nichts anderes als eine Versicherungsinstitution, die in der zweiten Säule aktiv ist. Sie muss dafür sorgen, dass auch in schlechten Zeiten genügend Mittel vorhanden sind, damit sie zu jedem Zeitpunkt ihren Verpflichtungen nachkommen kann. Wenn Sie unterstützen, dass solche von Ihnen genannten Höchst Risiken staatlich abgedeckt werden, wäre die logische Konsequenz, dass auch grosse private Versicherungsunternehmen im Katastrophenfall vom Staat gerettet werden müssten. Diesen Gesellschaften wird aber vorgeschrieben, dass sie genügend Reserven bilden – genau wie den Pensionskassen auch. Ich glaube, es wäre keine gute Idee, den Staat in eine Auffangpflicht zu nehmen. Sonst müsste er ja immer für alle Wirtschaftsindividuen die letzte Rettung sein, wenn es um grosse Krisen geht, und das kann nicht seine Aufgabe sein.

Maillard: Es ist so schwierig geworden, über dieses System vernünftig zu sprechen! Man muss über die Risikoseicherung nachdenken. Ich kenne die beste Lösung auch nicht, aber eine Diskussion muss möglich sein. Was brauchen die Leute? Sie müssen die Gewissheit haben, dass das, was auf dem Pensionskassenausweis steht, dann auch tatsächlich das ist, was sie bekommen. Wir müssen es einfach besser machen.

Als das BVG 1985 in Kraft trat, lebten Menschen nach der Pensionierung im Durchschnitt noch etwa 15 Jahre. Würden ihnen pro Jahr rund 7 Prozent ihres angesparten Kapitals als Rente ausbezahlt, reichte das bis zum Lebensende. Heute werden die Menschen deutlich älter, das Geld muss viel länger reichen. Aber der sogenannte Umwandlungssatz liegt im Obligatorium noch immer fast dort, wo er ursprünglich war – bei jetzt 6,8 Prozent. Mathematisch gesehen, ist er zu hoch. Aber ist die Diskussion um den Umwandlungssatz mittlerweile nicht eher ein Schatzenboxen? Für die wenigsten Versicherten gilt heute noch effektiv ein Umwandlungssatz von 6,8 Prozent – beim umhüllenden Umwandlungssatz, der für Obligatorium und Überobligatorium angewendet wird, ist der Umwandlungssatz stets tiefer.

Moser: Am Beispiel des Umwandlungssatzes zeigt sich sehr schön, dass es unsinnig ist, externe Faktoren wie die Lebenserwartung oder Kapitalrenditen in ein Gesetz zu schreiben. Es kommt ja auch niemand auf die Idee, den Sonnenuntergang im Gesetz zu verankern. Dieser findet einfach statt, ob man das sagt findet oder nicht. Und so ist es auch mit der Lebenserwartung: Sie lässt sich

Zur Person

Pierre-Yves Maillard (57) ist Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) und SP-Ständerat des Kantons Waadt. Er studierte Philosophie, französische Romanistik und Geschichtswissenschaft an der Universität Lausanne. Er war von 1999 bis 2004 Nationalrat, von 2004 bis 2019 Staatsrat, von 2019 bis 2023 erneut Nationalrat, seither sitzt er im Ständerat.

nicht festsetzen und darf daher nicht der politischen Diskussion ausgesetzt werden. Man muss den richtigen Umwandlungssatz nach mathematischen Kriterien berechnen.

Maillard: Das ist genau der Punkt: Man will alles immer nur aufgrund technischer Berechnungen festlegen. Aber das BVG ist ein Obligatorium, die Leute müssen sich versichern, sie müssen einzahlen und haben Erwartungen bezüglich ihrer Lebensqualität nach der Pension. Da geht es um demokratische Diskussionen. Seit wann zwingen wir die Leute, einzuzahlen, ohne ihnen etwas gesetzlich zu garantieren im Gegenzug?

Moser: Wovon ist der Umwandlungssatz in der Realität denn abhängig?

Maillard: Wesentlich von den Erwartungen an die Kapitalerträge. Ob wir annehmen, dass die 1200 Milliarden Franken, über welche die Pensionskassen heute verfügen, 1 Prozent Rendite abwerfen oder ob wir von 2 Prozent ausgehen, führt zu einem Unterschied von 12 Milliarden Franken. Dieses Geld kann man nutzen, um die Renten zu verbessern. Ich staune oft, wie wenig die Leute, die unser Pensionskassensystem prägen, von den Kapitalmärkten langfristig erwarten.

Moser: Der Umwandlungssatz ist abhängig von der Lebenserwartung und den erwarteten Kapitalerträgen. Wenn die Leute zehn Jahre länger leben und sie zehn Jahre länger Rente beziehen, können die Renten bei gleichem Kapital nicht gleich hoch sein. Schauen Sie nur, welche Kassen über Reserven verfügen. Es sind jene, die in weiser Voraussicht den Umwandlungssatz gesenkt haben. Jene, die einen Umwandlungssatz von 6,8 Prozent anwenden müssen, weil sie zum Beispiel nur im Obligatorium tätig sind, benötigen die ganzen Renditen, um die überhöhten Renten zu finanzieren. Sie können auch auf der Anlagenseite keine vernünftige renditeorientierte Strategie verfolgen. Da sie keine Risikofähigkeit haben, müssen sie sehr konservativ anlegen und erzielen tiefere Erträge.

Maillard: Die Frage ist, müssen wir obligatorische Beiträge bezahlen, damit die Kassen Reserven bilden oder damit wir Renten beziehen können? Man kann natürlich sagen, alles ist perfekt. Aber warum befürchten so viele Leute, die in Pension gehen – auch im Mittelstand –, dass sie ihr Leben nicht finanzieren können? Das ist die Realität. Die muss man sehen und analysieren, um vernünftige Lösungen zu realisieren.

Moser: Wir können den Umwandlungssatz auch auf 20 Prozent erhöhen, kein Problem. Dann bekommen ein paar Rentnerinnen und Rentner noch Geld, bis die Kassen ausgeblutet sind – und dann kriegen alle anderen gar nichts mehr. Je weiter weg von der Realität der Umwandlungssatz ist, desto mehr leiden jene, die noch in die Pensionskasse einzahlen: die Jungen. Das sind ja auch Leute in den Gewerkschaften.

Maillard: Das ist reine Polemik, ich habe nie von einem Umwandlungssatz von 20 Prozent gesprochen. Ich sage nur: Jemand, dem auf dem Pensionskassenausweis 2400 Franken monatlich in Aussicht gestellt wurden, erhält jetzt trotz der ganzen demografischen Hoch-



Pierre-Yves Maillard, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

«Seit wann zwingen wir die Leute einzuzahlen, ohne ihnen etwas gesetzlich zu garantieren im Gegenzug?»

rechnung nur 2000 Franken. Wie will man so Vertrauen schaffen? Die Leute werden einfach immer öfter das Kapital und immer seltener eine Rente beziehen, weil sie den Pensionskassen nicht mehr vertrauen. Und dann kommen wieder die Fachleute und sagen, das ist nicht gut so, weil die Leute dann mit 75 Jahren Ergänzungsleistungen benötigen. Es gibt grosse Probleme, die man ohne Polemik diskutieren sollte.

Der zu hohe Umwandlungssatz führt dazu, dass die Pensionskassen einen Teil der Überschüsse dafür verwenden müssen, die Renten zu finanzieren – und dieser Teil kann nicht den aktiven Versicherten auf ihrem Sparkonto gutgeschrieben werden. Es kommt also zu einer Umverteilung von Jung zu Alt, und zwar von mehreren Milliarden Franken im Jahr. Kann man von einem Rentenklaue zugunsten der Aktiven in der zweiten Säule sprechen?

Moser: Jeder spart in der zweiten Säule für sich, daher sollte es diese Umverteilung nicht geben. Ist der Umwandlungssatz versicherungsmathematisch richtig festgelegt, findet auch keine Umverteilung statt, dann können die Kapitalerträge zur Leistungsverbesserung oder Beitragssenkung verwendet werden.

Maillard: Jeder spart für sich? Wäre diese Logik absolut, dann bräunte man auch keine Versicherung. Man bräunte ein Sparkonto und hätte am Ende sein Geld, Punkt. Aber in einem sozialen Versicherungssystem gibt es nun einmal

gewisse Schwankungen und eine gewisse Dynamik. Höre ich die Debatte um die Umverteilung von Jung zu Alt, habe ich manchmal den Eindruck, es gebe in der Gesellschaft nur Junge, die immer jung bleiben, und Ältere, die immer alt waren. Die Oberaufsicht weist übrigens seit drei Jahren darauf hin, dass die Rentner in der zweiten Säule im Moment für die Jungen bezahlen.

Moser: Das Konzept der zweiten Säule ist, dass jeder für sich selber spart, unterstützt durch die Arbeitgebenden. Wir haben in der ersten Säule ein System mit einem Umlageverfahren, ein Kapitaldeckungsverfahren in der zweiten Säule, in der grundsätzlich keine Umverteilung stattfinden soll, und eine dritte Säule, in der jeder für sich individuell sparen kann. Jegliche Umverteilung in der zweiten Säule ist systemfremd. Sie gehört nicht dahin – und hätten wir überall die richtigen Umwandlungssätze, gäbe es keine Umverteilung.

Heute bestimmen die Arbeitgebenden, wo ihre Angestellten gemäss BVG versichert sind. Wäre es nicht fairer, die Arbeitgebenden auf ihrem Sparkonto gutgeschrieben werden. Es kommt also zu einer Umverteilung von Jung zu Alt, und zwar von mehreren Milliarden Franken im Jahr. Kann man von einem Rentenklaue zugunsten der Aktiven in der zweiten Säule sprechen?

Moser: Bei der Pensionskasse, bei der ein Stiftungsrat war, finanzierte die Arbeitgeberin die Risikoleistungen vollumfänglich – das führte dazu, dass

das Unternehmen rund 70 Prozent aller Beiträge trug. Viele Arbeitgebende gehen weit über das gesetzliche Minimum hinaus. Könnten die Pensionskassen kein personalpolitisches Instrument mehr sein, das eine Anstellung attraktiv macht, würden sich die Arbeitgebenden auf Minimum beschränken und weit weniger attraktive Pensionskassenleistungen anbieten.

Maillard: Eine freie Wahl der Pensionskasse würde nur das Risiko für die einzelnen Kassen erhöhen und zu noch höheren Reservebedürfnissen führen. Wegen des Risikos, dass sie die guten Risiken verlieren, müssen die einzelnen Kassen noch mehr Reserven anhäufen. Und ich glaube auch, dass die Arbeitgebenden viel in die zweite Säule investiert haben, weil das im Wettbewerb um Arbeitskräfte ein Vorteil für sie war. Jetzt höre ich allerdings immer seltener kritische Voten seitens der Arbeitgebenden. Ich behaupte, das hat damit zu tun, dass es seit Jahrzehnten gewisse Branchen gibt, die viel Geld mit dem System machen: Privatversicherer und Vermögensverwalter, die in der Vorsorge tätig sind, verdienen Milliarden – in einem sozialen System! Möglich macht dies unter anderem die sogenannte Legal Quote, die den Unternehmen erlaubt, einen Teil der erwirtschafteten Einnahmen abzuschöpfen.

Moser: Die Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge macht klare Anlagevorschriften für Pensionskassen. Man könnte sich sicherlich darüber unterhalten, ob es nicht sinnvoll wäre, dass mehr in Infrastrukturen investiert werden kann. Was die Pensionskassen in erster Linie brauchen, ist ein vernünftiges Renditeniveau, das langfristig gesichert ist.

Interview: Marius Leutenegger

ganze öffentliche Hand hat eigene Pensionskassen, auch die grösseren Firmen verfügen über autonome Kassen. Dann gibt es ganz viele Sammelstiftungen von Verbänden und so weiter. Die grösste Privatversicherung hierzulande, die Axa, hat erst noch vom System der Vollversicherung, in dem die Legal Quote spielt, zur teilautonomen Lösung gewechselt. Das Argument, die Privatasskuranz würde das System viel Geld kosten, höre ich immer wieder, aber es stimmt einfach nicht.

Maillard: Fakt ist, dass die Lebensversicherer über die Rückversicherungen übrigens auch Rendite aus dem System ziehen – und dass das Gesetz der Legal Quote dies auch erlaubt. Hinzu kommen die Gewinne der Banken bei der Verwaltung des Kapitals. Je niedriger die Leistungen sind, desto grösser sind die Möglichkeiten, Rendite zu machen.

Moser: Bei der Vollversicherung muss der Versicherer Eigenkapital stellen, das ist geregelt durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht, und dieses Eigenkapital muss selbstverständlich verzinst werden. Es findet nichts statt, was Sie so gern als Rentenklaue bezeichnen. Das ist rein populistisch.

Maillard: Sie wollen mir doch nicht weismachen, die grossen Versicherungsgesellschaften engagierten sich in diesem Geschäft einfach so? Natürlich machen sie damit Milliardengewinne, das ist doch keine Frage, sondern wird im jährlichen Bericht der Firma ausgewiesen.

Moser: Wichtig ist letztlich, was die Versicherten als Nettorendite erhalten. Und diese ist in der zweiten Säule deutlich höher als in der ersten Säule – seit Jahrzehnten.

Es gibt fast 1400 Vorsorgeeinrichtungen in der Schweiz. Sind das nicht viel zu viele? Durch Zusammenschlüsse könnten die Verwaltungskosten gesenkt werden...

Maillard: Es gibt sehr kleine Pensionskassen, die sehr gut organisiert sind. Ich würde keine bürokratischen Hürden aufbauen, indem man sie weg. Ist die Kasse zu klein, muss sie weg. Aber die Risikoabsicherung kostet eben viel mehr, wenn sie in jeder einzelnen Organisation vorhanden sein muss.

Moser: Ich masse mir kein Urteil über die richtige Zahl der Vorsorgeeinrichtung, ob sie selbständig bleiben will. Der Stiftungsrat als oberstes Organ einer Vorsorgeeinrichtung muss entscheiden, was langfristig die beste Lösung ist.

Zum Schluss: Pensionskassen verwalten heute rund 1200 Milliarden Franken. Sie sind damit deutlich reicher als die Schweizerische Nationalbank. Geht von dieser Vermögenskonzentration eine Gefahr aus?

Moser: Nein. Das Geld gehört den Arbeitnehmenden, und wie das Geld angelegt wird, legen die paritätischen Kommissionen fest. Klar, es handelt sich hier um eine sehr grosse Summe, aber dieses Kapital erzeugt Erträge, die künftige Rentner und Rentnerinnen besserstellen.

Maillard: Ich finde es schade, dass das riesige Vermögen der Pensionskassen zu wenig in der Schweiz investiert wird. Wollen wir zum Beispiel unser Hochspannungsnetz ausbauen, wäre es gut, die Pensionskassen würden dafür einen Teil ihres Kapitals einsetzen. Das würde ihnen eine sichere Rendite verschaffen – und das Kapital wäre zum Nutzen der Schweiz investiert.